

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 17

21. bis 27.04.2025

Geplantes Hotelprojekt in Going sorgt für Kontroverse

Auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche soll ein Großhotel mit knapp 300 Betten entstehen. Über eine Volksbefragung zum Projekt wird in einer künftigen Gemeinderatssitzung diskutiert.

Das Hotel soll direkt neben dem Astberglift entstehen. Ein Teil der betroffenen Fläche ist im Hintergrund ersichtlich.



FOTO: KAMERENTWURF

JUDITH STRAIF

Der Eingriff in landwirtschaftliche Vorsorgeflächen sorgte zuletzt in St. Johann für Diskussionsstoff. Rund um den denkmalgeschützten Hof „Unterbürg“ soll auf 7,5 Hektar Agrarfläche ein interkommunales Gewerbegebiet entstehen und künftig zu den Einnahmen der Gemeinde St. Johann beitragen. Am 23. März kam es diesbezüglich zu einer Volksbefragung, bei der sich 55,83 Prozent der Teilnehmer gegen das Gewerbegebiet aussprachen. Kurz nach der Abhaltung der Volksbefragung hatte Bürgermeister Stefan Seiwald diese beeinsprucht.

Zu einem ähnlich gelagerten Fall soll es nun in Going am Wilden Kaiser kommen. Die Bergbahnen Ellmau-Going planen auf einer rund 22.000 m² großen grünen Wiese ein Hotel

mit 288 Betten, 275 Autoabstellplätzen, Swimmingpool und Restaurant. Auch dieses Areal ist als landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und steht somit unter Schutz.

Keine Garantie für Aufschwung

Die Bevölkerung von Going am Wilden Kaiser diskutiert dieser Tage über ein Hotelprojekt bei der Astbergbahn. Eine schriftliche Anfrage der Liste Fritz bezüglich des geplanten Großprojektes richtet sich an Landeshauptmann Anton Mattle und weitere Regierungsglieder.

Viele Gründe sprächen gegen den Hotelbau, ganz zentral die angedachte Aufhebung der Unterschutzstellung der landwirtschaftlichen Fläche. Möglich ist das nur, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht. Die

Bergbahnen Ellmau-Going als Hotelprojektbetreiber führen als Begründung das Überleben der Astbergbahn in Going an. Allerdings ist die Errichtung des Hotels keine Garantie für den wirtschaftlichen Aufschwung der Astbergbahn.

Darüber hinaus sind die vorhandenen Gästebetten in Going nicht vollständig ausgelastet und somit ist keine Notwendigkeit für weitere Betten erkennbar. Gleichzeitig ist ein weiteres Hotel kein Garant für eine höhere Anzahl an Gästen. Ob eine Volksbefragung zum Bergbahnen-Hotel eingeleitet werden soll, wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates entschieden.

Mit Grund und Boden sorgsam umgehen

Gerade im Bezirk Kitzbühel ist der Druck auf Grund

und Boden bereits hoch. An die Bedeutung von landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen erinnert LK-Präsident und Bauernbund-NR Josef Hechenberger: „Landwirtschaftliche Vorsorgeflächen wurden ausgewiesen, um die wertvollen Produktionsflächen zu erhalten und vor Verbauung zu schützen. Das ist aufgrund des großen Drucks auf Grund und Boden in Tirol auch dringend notwendig. Unabhängig von diesem Projekt finde ich es falsch, zu leichtfertig mit der Aufhebung dieses Schutzes umzugehen. Vermeintliches öffentliches Interesse ist das eine, eine gesicherte Ernährung und die Erhaltung zusammenhängender landwirtschaftlicher Flächen das andere. Wir müssen dringend umdenken – ‚Weiterentwicklung‘ darf sich nicht auf den Neubau auf der grünen Wiese beschränken.“

„Wir fühlen uns hier rausgeworfen“

In Tirol zeigt das Gesetz gegen illegale Freizeitwohnsitze Wirkung. Ein betroffener Deutscher, der sich zu Unrecht beschuldigt sieht, warnt Käufer vor Naivität.

Von Birgit Ochs

Als der Brief des Bürgermeisters von Reith bei Kitzbühel im November bei ihnen eintraf, waren Alice und Horst Schäffer entsetzt. In dem Schreiben stand, dass die Gemeinde dem Ehepaar aus Nürnberg mit sofortiger Wirkung die Nutzung seiner Dreizimmerwohnung in Tirol verbietet. Der Grund: Die beiden nutzten die Wohnung widerrechtlich als Freizeitwohnsitz. Als solcher ist die Wohnung jedoch nicht registriert. „Mit uns trifft es die Falschen“, waren sich der Steuerberater und die Ärztin sicher und klagten.

Sie hüteten sich immer auf der legalen Seite gewohnt, sagt Schäffer. Seit mehr fünf Jahrzehnten kommen er und seine Frau regelmäßig ins Brisenalpe. Ende 2011 haben sie in Reith die 100 Quadratmeter große Wohnung in einem Mehrfamilienhaus gekauft. „Nun sind wir damit gegen die Wand gefahren.“

Denn irgendwer hat Schäffers angezeigt, und die Gemeinde daraufhin im Spätsommer 2012 Kontrollreue geschickt. So ist es üblich. Siebenmal tauchte die „Stasi“, wie Schäffer die Inspektoren nennt, in den kommenden drei Monaten vor der Wohnanlage auf. Die Kontrollreue klingelten, begutachteten Briefkasten und Rasenwuchs, sprachen mit Nachbarn. Die Eheleute trafen sie nicht an. Das Ganze wiederholte sich ähnlich im vergangenen Frühjahr.

Die Eigentümer versuchen den Verdacht zu entkräften, nur sporadisch in Reith zu wohnen. Sie führen langjährige Mitgliedschaft im Ski Club an, die vielen Freundschaften und die Teilnahme am alljährlichen Hofputz der Hausgemeinschaft. Sie berichten auch von Krankheiten und Operationen. Diese hatten Horst Schäffer seit 2012 häufig davon abgehalten, die 150 Kilometer aus Nürnberg anzureisen, wo das Ehepaar ein Haus besitzt. Seine Frau habe unter anderem deshalb ebenfalls nicht so oft in Tirol sein können. Sie wiesen darauf hin, dass Alice Schäffer inzwischen aber ihren Hauptwohnsitz in Reith angemeldet hatte und ihr Wagen ein Kitzbühler Kennzeichen trägt. All das überzeugte nicht. Das Landesverwaltungsgericht in Innsbruck hat das Nutzungsverbot inzwischen bestätigt.

Das Ehepaar ist kein Einzelfall. In vielen touristisch beliebten Gegenden Tirols gehen die Gemeinden mittlerweile stärker gegen illegale Ferienimmobilien, in der Regel fälschlich als Hauptwohnsitz deklarierte Apartments und Villen, vor. Bauland ist knapp, die Konkurrenz um Wohnraum zwischen Einheimischen und Teilzeit-Tirolern hoch. Für die vermögendere Gruppe der deutschen und österreichischen Zahnärzte, Manager, Unternehmer und Juweliere sind die teuren Preise ebenso wenig ein Problem wie für die internationale Prominenz, die sich seit Jahrzehnten in und um das Hahnenkamm-Resort und St. Ulrich am Tennsee tummeln. Man muss sich die Konsequenzen für den Standort klarmachen, wenn sich die betroffenen Klienten von Tirol abmelden. Wohlstand ist schließlich Teil des Systems, und aus der Wirtschaft kommt massiver Unmut, behauptet Winkler. „Wir fahren mit 100 km/h gegen die Wand.“

Offiziell gilt es in ganz Tirol davon etwa 16.000 genehmigte, aber geschätzt 19.000 illegale Ferienimmobilien. An denen entzündet sich dort, wo der Wohnungsmarkt immer angespannter wird, der Unmut vieler Einheimischer und Lokalpolitiker. Immer lauter wurde in den vergangenen Jahren die Forderung, dass die Gemeinden das Gesetz endlich auch konsequent anwenden und gegen die illegale Freizeitwohnsitze vorgehen sollten mit Kontrollen, Geldstrafen von bis zu 40.000 Euro (im Gespräch sind 80.000 Euro), mit dem Benutzungsverbot und in gravierenden Fällen sogar mit einer Zwangsversteigerung.

Die Anzeigen häuften sich, sagt Bürgermeister Jöchel. Aktuell prüfe man in Reith 20 bis 25 unter Verhaftung stehende Objekte. Der Druck bleibt nicht ohne Wirkung. Die Fälle, in denen die Bürgermeister ihre Bescheide verschicken, haben zugenommen, und das Landesverwaltungsgericht entscheidet selten anders. Im vergangenen Jahr traf es zum Beispiel Porsche-Finanzchef Lutz Meschke. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass ihm sein 2014 im Gemeindebezirk Kitzbühel erworbenes Chalet anders als behauptet, nicht als Haupt-, sondern als Freizeitwohnsitz diene, und bestätigte das Nutzungsverbot.

Häufig argumentieren die Betroffenen, sie hätten das Gesetz durchaus gekannt, seien aber davon ausgegangen, nicht das zu verstehen. Horst Schäffer etwa gibt an, sich an den „Uschi-Glas-Urteil“ orientiert zu haben. Der Schauspieler war Anfang der Jahrtausendende der Kauf und die Nutzung einer Wohnung als „Arbeitswohnsitz“ erlaubt worden. Da auch er in Reith Arbeitskontakte pflegte, habe er angenommen, dass das mit dem Arbeitswohnsitz auch für ihn gelte. Das Landesverwaltungsgericht hingegen stellte fest, dass das Raumordnungsgesetz diesen Begriff gar nicht kennt.

Er sei maßlos enttäuscht, sagt der Steuerberater. Er kenne ja diese Fälle auch in seiner Nachbarschaft, in denen Wohnungen und Chalets fast das ganze Jahr über dunkel blieben. „Da kann ich den Ärger der Einheimischen schon verstehen.“ Er selbst sieht sich als Opfer von „Besitzteilung“ und eines letztlich untauglichen Gesetzes. Solche sozial gut integrierten und finanzstarken Eigentümer dürfe man nicht vergraulen, damit schnelle man sich in Tirol ins eigene Fleisch, meint er. Schließlich seien es Leute wie sie, die Gastronomie und die lokalen Handwerker stärken.

Ganz ähnlich argumentiert seit einigen Wochen in Zeitungsartikeln und Fernsehinterviews auch der Steuerberater und Kitzbühler Bürgermeister Klaus Winkler. Er fordert eine „dringende Änderung“ des Gesetzes, weil es am Ziel vorbei führe, sagte er in der Fernsehsendung „Fellner Live“. Für keinen einzigen Einheimischen werde dadurch Wohnraum geschaffen. Man müsse sich die Konsequenzen für den Standort klarmachen, wenn sich die betroffenen Klienten von Tirol abmelden. Wohlstand ist schließlich Teil des Systems, und aus der Wirtschaft kommt massiver Unmut, behauptet Winkler. „Wir fahren mit 100 km/h gegen die Wand.“

ERZÄHLEN SIE UNS VON IHRER ERFAHRUNG

Eine gute Heimat in den Alpen, ein Ferienhäuschen am See oder ein kleines Apartment in der mediterranen Altstadt: Immer mehr Menschen möchten sich so einen Traum erfüllen. Dabei kann sich der Traum verwirklichen lassen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, oft genug als das Gegenteil offenbaren.

Ist Ihr Projekt „Ferienort“ zum Reifegrad gekommen? Haben Sie Konflikte mit Behörden erlebt? Sind Sie auf unserseits Makler herein gefallen? Mussten Sie sich mit feindseligen Nachbarn plagen, oder hat sich das vermeintliche Traumdomizil als Dauerbaustelle entpuppt? Schreiben Sie uns von Ihren Erfahrungen und Erlebnissen an [wohnem@faz.de](mailto:wohnen@faz.de)



Die Tiroler Idylle trägt. In und um Kitzbühel greifen Gemeinden jetzt gegen Besitzer illegaler Freizeitwohnsitze durch.

Sein Vorschlag: Der Begriff des Freizeitwohnsitzes müsse neu definiert werden, damit er nicht mehr wie bisher nur auf den Lebensmittelpunkt abzielt. Vielmehr müsse man denen gerecht werden, die an mehreren Orten zu Hause sind, aber mehr als nur ein paarmal im Jahr vorkommen. Er plädiert außerdem dafür, die Abgaben für Freizeitwohnsitze deutlich anzuhäufen und die Einnahmen für den Bau leistbarer Wohnungen einzusetzen. Davon profitierten alle.

Unter den 10 Gemeindevorstehern des Bezirks Kitzbühel hat Winkler bereits für seine Idee gewonnen. Viele seiner Amtskollegen halten damit, dass die Kontrolle an ihnen hängen und der hohe Aufwand aus ihrer Sicht in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht. Dem schließt sich auch Reiths Bürgermeister Jöchel an. Man habe gar nicht die nötige Personaldecke, klagt er und nennt die Annahme eines einzigen Lebensmittelpunktes „vermutlich nicht mehr ganz zeitgemäß“. Es gebe nun mal Menschen, die mobil seien. Woher, „wenn ich erklären müsste, wo mein Lebensmittelpunkt ist, hätte ich das in fünf Minuten erledigt.“

Was einen, von seinem Kollegen aus dem Kitzbühler Rathaus geforderten, „Systemwechsel“ hin zu einer deutlichen Erhöhung der Freizeitwohnsitzsteuer angeht, hat Jöchel Vorbehalte. Mehr Geld für den geforderten Wohnungsbau wäre gut. „Aber Recht muss Recht bleiben, und eine saftige Zweitwohnsitzsteuer, das ist ein Lösungsansatz, der die unterstützt, die Geld haben“, sagt er.

Diese Meinung teilt auch Markus Sint. Er ist einer von drei Abgeordneten der „Liste Freie“ im Tiroler Landtag. Bei der Wahl 2012 hat die kleine Partei, die sich besonders gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum einsetzt, deutlich gewonnen. „Es kann nicht sein, dass der, der sich an Recht gehalten hat, der Trost ist, und die anderen kaufen sich frei“, sagt Sint zu Winklers Vorstoß. Die ungeliebten Kontrollen blieben dadurch außerdem weiterhin nötig. Das Problem der falschen Hauptwohnsitzverweise wird nicht einfach dadurch, dass es eine höhere Freizeitwohnsitzsteuer gebe.

Sint betont, dass ihm grundsätzlich jeder, der in Tirol lebt und Steuern zahlt, willkommen ist. Wie auch jeder Tourist. Für die Klagen der Bürgermeister hat er nur begrenzt Verständnis. Finerseits hält er es für schlecht gelöst, dass das Land die Kontrollen auf die Gemeinden abgewälzt habe. Stattdessen plädiert er, bisher erfolglos, für eine „Taskforce“ auf Landesebene, die den Anzeigen nachgeht. Andererseits seien die Amtsträger auf das Landesgesetz verpflichtet, und das hätten sie einzuhalten. „Wenn jemand verschielet, dass er hier gar nicht dauerhaft wohnt, ist das Rechtsbruch und kein Kavalierecht, dem muss man nachgehen und sich nicht wegdrücken.“ Er glaubt ein, dass durch das Nutzungsverbot nicht sofort leistbarer Wohnraum entstehe. „Aber das wirkt auf die Preisbildung.“

Die Warnung vor einem drohenden Image- und Wirtschaftsschaden nennt er liebreich. „Wir haben in Tirol fast 30 Millionen Übernachtungen im Jahr, die werden nicht davon beeinflusst, dass wir ein paar deutsche Zahnärzte und Anwälte von der konsequenten Anwendung un-

res Freizeitwohnsitzgesetzes vor den Kopf stoßen.“

Er könne andere nur vor Blauzügigkeit warnen, sagt Horst Schäffer mit der Erfahrung eines Betroffenen. Allein im Bekanntheitskreis seien ihm aktuell drei Fälle bekannt, in denen die potentiellen Käufer von Millionenobjekten nicht richtig aufgeklärt worden seien. „Erst wird an dir gut verdient, und dann bist du der Huhmann.“

Er und seine Frau werden Reith verlassen. „Schweren Herzens, aber wir fühlen uns hier rausgeworfen“, sagt Schäffer. Anstatt noch mal vor Gericht zu ziehen, will er verkaufen. Rund 1,5 Millionen will er für die Wohnung haben, die ursprünglich mal als geforderter Bau entstand.

Sie hätten vorgehabt, künftig mehr Zeit in Reith zu verbringen, und die Wohnung entsprechend altersgerecht saniert. Dieser Lebensplan hat sich mit dem Urteil erledigt. „Wir holen unsere E-Bikes ab, und das war es dann.“

Immobilien kaufen

Sonstiges

Baugrundstück am STA See
Grundstück in Malsung/Ortensteindorf
Spezial für Verkauf 1.315 m² Preis auf Anfrage
ID: 19198442 www.obersee-immobilien.de Fax: 0471
Phonnummer Peter Hub: B. & V. GmbH
0877449999

Priv. Parkanlage 76375 Ettlingen
Grundstück Außers. gepflegte Anlage
(5,5 ha) mit altem Baumbestand, Obstweiden, Wein- und Wäldchen, herrschaftliche Villa, Garage, Panoramablick über einen eigenen Bachlauf. 2.7.2014
Seit 6.11.2014 Immobilienmarkt in Privatbesitz
ID: 19095501 www.obersee-immobilien.de Fax: 0471
privat@obersee-immobilien.de

Wohnimmobilien

OBERSEE IMMOBILIEN

Exklusive Landhausvilla mit eigenem Seezugang und Bootshaus am Zürichsee
Intrinsigster Lage am Zürichsee steht dieser neu erbaute Landhaus, das ein architektonisches Juwel, das moderne Eleganz mit höchster Bauqualität verbindet. Das Areal besteht aus einem 5-Zimmer Haus mit zwei separaten 2-Zimmer Einheiten ideal für Gäste oder Personal. Beide Einheiten sind zusammenhängend und können auch mal für 1 bis 14 in jeder Lebensphase. Ein einzigartiges Domizil für höchste Ansprüche.

Besondere Merkmale:

- Privater Seezugang mit eigenem Bootshaus, Bootlift und Bootsteg
- Personalisiert über alle Etagen des Anwesens
- Ein verkaufter Panoramablick auf See und Berge
- Hoche Privatsphäre wie nie vor besterstem Blickwinkel der Schweiz
- 3 Tiefgaragenplätze und viel Platz für weitere 3 bis 4 Autos auf der Terrassenfläche

Kaufpreis: 9 Millionen CHF
Wir unterstützen Sie zudem gerne beim Domizilwechsel in die Schweiz und Immobilien a. Z. Ihre Kontaktaufnahme

Kontakt:
OBERSEE Immobilien GmbH, info@oberseeimmobilien.de
www.oberseeimmobilien.ch, 0041 55 451 54 61

Zu Hause in Bestlage am Tagemose

3-Zimmer- und 4-Zimmer-Apartments in Bestlage am Tagemose, von 100 m² bis 250 m²
Vollständig möbliert, hochwertiger Innenausbau und modernste Gebäudetechnik
308 Meter vom See

Mobile: 0710-455 30 364
zell@faz.de www.obersee-immobilien.de

Mechelenburg-Vergommern

Mittler Schwemmer Pflanzgartenpark mit 8 weiteren abgeschlossenen Wohn- und Mietobjekten
Vollständig möbliert mit Presse und TV

- Grundfläche: 43.900 qm
- Wohnfläche: 11.300 qm
- Die Anlage ist aufgeteilt in 4 Wohnobjekte
- Die Objekte sind 3- bis 4-Zimmerwohnungen
- 15 Hektar Gartengrundstück
- 15 Hektar Gartengrundstück: 1.500 m² €
- Gebote (per Email) ab 5,5 Mio. € zzgl. 3% Maklerprovision

Tel: 0490 / 138765 | www.obersee-immobilien.de
111 Gemäldegasse - Mechelenburg

Kunst für Kluge Köpfe

Entdecken Sie exklusive Werke unter: faz.net/selection-kunst

Frankfurter Allgemeine Buch

Rolf Claessen

Marken. Recht. Einfach.

Grundlagen der Markenpraxis

Frankfurter Allgemeine Buch

Markenrecht einfach erklärt

Anschaulich und verständlich stellt Rolf Claessen sein umfassendes Praxiswissen zum Thema „Marken“ zur Verfügung. Er beantwortet die wichtigsten Fragen und liefert bewährte Strategien zur Findung, Anmeldung und Durchsetzung einer Marke.

MARKEN. RECHT. EINFACH.
Rolf Claessen
288 Seiten - 28 Euro
ISBN 978-3-98261-218-7
www.fazbuch.de
0711-7899 2044
faz@zeitfracht.de

Viele Ankündigungen, viele Schlagzeilen, wenige Ergebnisse

🔄 zuletzt aktualisiert am 27. April 2025, 08:24 Uhr veröffentlicht am 27. April 2025, 08:22 Uhr



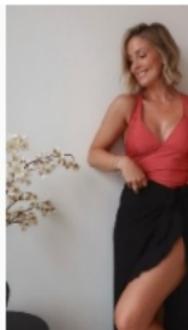
LA Andrea Haselwanter-Schneider zieht die Zwischenbilanz zur Regierungsarbeit in Tirol.

Foto: Liste Fritz

hochgelade

2027 schreiten die Tirolerinnen und Tiroler wieder zur Wahlurne und werden einen neuen Landtag wählen. Seit Oktober 2022 arbeitet die Koalition aus ÖVP und SPÖ unter Führung von Landeshauptmann Anton Mattle, die FPÖ, Grüne, NEOS und Liste Fritz sind in Opposition. LA Andrea Haselwanter-Schneider mit ihrer Zwischenbilanz.

INNSBRUCK. Halbzeit in der Landesregierung. Nach dem großen MeinBezirk-Tirol-Politbarometer haben wir bei den Parteispitzen der im Landtag vertretenen Parteien eine Zwischenbilanz eingefordert. Landtagsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider zieht die Bilanz für die Liste Fritz. Neben Andrea Haselwanter-Schneider sind Markus Sint und Gabi Madersbacher für die Liste Fritz im Tiroler Landtag vertreten.



Toplinks

MEINBEZIRK TIROL: Halbzeit in der Tiroler Landesregierung – wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

ANDREA HASELWANTER-SCHNEIDER: Viele Ankündigungen, viele Schlagzeilen – aber nur wenige greifbare Ergebnisse. Die schwarz-rote Landesregierung hat in ihrem Programm „Stabilität in der Krise – Erneuerung für Tirol“ viel angekündigt und versprochen. Eingetreten ist leider das Gegenteil. Die SPÖ als kleinerer Regierungspartner war überwiegend mit sich selber beschäftigt und hat den Landeshauptmannstellvertreter verloren. Von Stabilität also keine Spur. Von einer neuen Sicht-, Denk- und Handlungsweise ist bislang nichts zu sehen. Auch der neue Stil, den Landeshauptmann Mattle zu Beginn seiner Amtszeit versprochen hat, bleibt aus. Vorschläge und Initiativen der Opposition werden weiterhin systematisch blockiert, dies ist zum Nachteil der Tirolerinnen und Tiroler.



Das Landtagsteam der Liste Fritz: Gabi Madersbacher, Markus Sint und Andrea Haselwanter-Schneider

Foto: Liste Fritz hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Wo sehen Sie erfolgreiche Maßnahmen und Schritte der Landesregierung?

Die Landesregierung ist bei einigen Themen ambitioniert gestartet, aber bei der Zwischenzeit war dann Schluss mit der Umsetzung. Das zeigt sich etwa beim versprochenen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Auf halbem Weg ist der Regierung der Mut abhandengekommen und geblieben ist lediglich ein Recht auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes. Auch bei der Leerstandsabgabe hat die Regierung zuerst gute Ansätze gezeigt, hat dann aber die Entscheidung, ob eine Leerstandsabgabe eingehoben wird oder nicht, den Gemeinden überlassen. Damit bleibt auch hier der große Wurf aus.

Welche Herausforderungen stehen in nächster Zeit an?

Es gibt viele unerledigte Hausaufgaben. Viele Probleme werden ignoriert, obwohl die Menschen in Tirol täglich leiden. Im Gesundheitswesen fehlen Ärztinnen und Ärzte, lange Wartezeiten und verschobene Operationstermine sind keine Ausnahmen, sondern in ganz Tirol Alltag. In der Pflege herrscht massiver Personalmangel, Aufnahmestopps in Altenheimen sind keine Seltenheit. Eine Gehaltsreform ist den Pflegenden versprochen worden. Herausgekommen ist ein Auseinanderdividieren der Berufsgruppe. Einige werden jetzt bessergestellt, die anderen nicht. Das ist zu reparieren! Leistbares Wohnen bleibt für viele weiterhin unerschwinglich. In der Transitfrage herrscht Stillstand. Es jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Und Tirol hat lange Zeit auf die falschen Freunde gesetzt. Deutschland blockiert derzeit den Bau einer Zulaufstrecke zum Brenner-Basistunnel, Italien klagt gegen Tirol und Österreich, und vom groß inszenierten Slot-System für LKW fehlt nach wie vor jede Spur. Das Fernpasspaket wurde gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung beschlossen – ein klassisches Beispiel für die „Drüberfahrepolitik“ der ÖVP.

Wie ist die Zusammenarbeit mit der Regierung im Landtag?

Ein gewisser Wille zur Gesprächsbereitschaft ist mittlerweile spürbar, das Gesprächsklima hat sich verbessert. Leider schlägt sich das nicht in einer konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle der Tiroler Bevölkerung nieder. Sinnvolle Anträge der Opposition werden weiterhin auf unbestimmte Zeit vertagt. Es herrscht bei ÖVP und SPÖ nach wie vor das Motto: „Haben wir schon, brauchen wir nicht“.

Welche Schulnote würden Sie der Landesregierung für die bisherige Arbeit geben?

Die Ergebnisse sind bislang dürftig, viele Hausaufgaben sind unerledigt. Wir hoffen auf eine Trendwende – aktuell reicht es nur für einen 4er.



LA Haselwanter-Schneider: "Es gibt viele unerledigte Hausaufgaben. Viele Probleme werden ignoriert, obwohl die Menschen in Tirol täglich leiden."

Foto: Liste Fritz hochgeladen von **Georg Herrmann**

FPÖ lehnt

Im Mai wird die schwarz-rote Koalition die Verleihung der höchsten Auszeichnung für Altlandeshauptmann Günther Platter beschließen. Im Hintergrund gibt es Debatten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Mit den Auszeichnungen im Land Tirol ist das so eine Sache. Vor allem, wenn es Ex-

zeichnung, nämlich das Ehrenzeichen (Silbervergoldeter Tiroler Adler) des Landes, automatisch auf Lebenszeit.

Zugleich ist es Tradition, dass den ehemaligen Landeshauptleuten die höchste Ehre zuteilwird: Mit einem eigenen Landesgesetz wird ihnen der Ring des Landes verliehen. Die Zahl der lebenden Träger wurde bereits 1964 auf 15 begrenzt. Zweieinhalb Jahre nach seinem Rückzug wurde jetzt Altlandeshauptmann Günther Platter (VP) vorgeschlagen, der von 2008 bis Oktober 2022 an der Spitze des Landes stand. Im Mai-Landtag wird das Gesetz beschlossen, die Verleihung erfolgt dann in einer eigenen Festsitzung.

Weil es sich um eine personelle Angelegenheit handelt, erfolgen die Gespräche hinter verschlossenen Türen. So auch am Freitag. Die schwarz-rote Landesregierung hofft natürlich darauf, dass auch aus den Reihen der



Foto: Dorothea Ucker

„Wir müssen sein politisches Wirken in der Spätphase seines Amtes als Landeshauptmann mehr als kritisch betrachten.“

Markus Abwerzger/FPÖ (Parteiobmann)

Politiker betrifft. Der Landeshauptmann und der Landtagspräsident bzw. die Landtagspräsidentin erhalten mit Amtsantritt die zweithöchste Aus-

Ehrenring für Platter ab



Nach den Altlandeshauptleuten Alois Partl, Wendelin Weingartner und Herwig von Staa soll jetzt auch Günther Platter (v. l.) die höchste Auszeichnung des Landes per Gesetzesbeschluss verliehen werden.

Foto: AP/Geisler

Opposition Zustimmung zur Verleihung der ranghöchsten Auszeichnung „für besondere Verdienste außergewöhnlichen Ausmaßes“ kommt. Doch es gibt Vorbehalte und auch offene Ablehnung.

Für manche kommt die Ehrung zu früh, zumal Platter als Aufsichtsratspräsident der Tiroler Wohnbau, der Felbertauernstraßen AG oder der Venetbahn noch zu nahe an der Politik sei. ÖVP-Klubchef Jakob Wolf hofft aufgrund von Signa-

len trotzdem, dass auch Teile der Opposition zustimmen werden. „Dass es einstimmig wird, war ohnehin nicht zu erwarten.“ Es würden noch Gespräche geführt werden, heißt es von Liste Fritz, Grünen und NEOS.

Kritik an Corona-Politik

Klare Ablehnung signalisieren jedenfalls die Freiheitlichen. „Wir haben es uns intern nicht leichtgemacht. Grundsätzlich ist der Automatismus von Ehrungen für ehemalige

hochrangige Politiker für uns Freiheitliche nicht mehr zeitgemäß“, erklärt Parteiobmann und Klubchef Markus Abwerzger. Bei Platter müsse vor allem sein politisches Wirken in der Spätphase seines Amtes als Landeshauptmann mehr als kritisch betrachtet werden.

Einmal mehr geht es den Freiheitlichen um die Corona-Politik. Für Abwerzger waren Platters politische Maßnahmen in der Corona-Pandemie überschießend, was auch

der Verfassungsgerichtshof bestätigt hätte. „Er war es, der die österreichweite Impfpflicht medial verkündet hat, und so ist er vielen im Gedächtnis geblieben. Auch wenn dies offenbar nicht seiner eigenen Meinung entsprochen hat.“ Gleichzeitig würdigt der freiheitliche Parteiobmann das politische Wirken des Altlandeshauptmanns. Er stehe nicht an, die Leistungen von Günther Platter vor Corona anzuerkennen und auch zu honorieren.

Volksbefragung in Going für 29. Juni anberaumt

zuletzt aktualisiert am 24. April 2025, 09:58 Uhr veröffentlicht am 23. April 2025, 14:48 Uhr



In der Gemeinde Going wird im Juni eine Volksbefragung stattfinden. Foto: Archiv/Kogler

Gemeinde Going will Bevölkerung zum geplanten Großhotel auf landwirtschaftlicher Vorsorgefläche befragen.

GOING. Die Bergbahnen Ellmau-Going planen, auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche in einer Größe von 2,2 Hektar ein neues Großhotel mit 288 Betten zu errichten. Von den Projektwerbern wird dabei das Überleben der Astbergbahn in Going angeführt (**MeinBezirk berichtete**). "Es ist richtig, dass die Bergbahnen Ellmau-Going ein Hotel mit ca. 290 Betten in Going errichten wollen. Wir beschäftigen uns gerade recht intensiv mit der internen Aufbereitung. Es gab diesbezüglich am 2. April eine Gemeinderatsklausur, bei der wir uns mit den Pro- und Kontra-Argumenten auseinandergesetzt haben. Wir befinden uns im regen Austausch mit der Bergbahn und koordinieren die weiteren gemeinsamen Schritte", informierte Bürgermeister Alexander Hochfilzer auf Anfrage der MeinBezirk-Redaktion.

Weichen für Volksbefragung gestellt

Am Dienstag, den 22. April brachte Hochfilzer bei der Gemeinderatssitzung einen Antrag ein, der den Weg zu einer Volksbefragung zum Thema "Großhotel" ebnen soll. Wie der ORF berichtete, wurde der Antrag mit elf zu zwei Stimmen abgesegnet. Die Befragung soll am 29. Juni stattfinden.

Die Fragestellung

Die Frage, die bei der Volksbefragung gestellt wird, lautet: „Soll die Gemeinde Going am Wilden Kaiser zur Förderung des wirtschaftlichen Fortbestandes der Bergbahnen in Going am Wilden Kaiser die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung der Errichtung einer Hotelanlage in unmittelbarer Nähe der Astbergbahn Talstation auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche schaffen?“

Vor der geplanten Volksbefragung soll es noch eine Informationsveranstaltung geben, wie der ORF verkündete.

Kritik aus den Reihen der Liste Fritz

Kritik an der Fragestellung übt die Liste Fritz, die eine "suggestive Fragestellung" ortet: "Wir sagen 'Ja' zur Volksbefragung, aber 'Nein' zu einer suggestiven und tendenziösen Fragestellung. Die Bevölkerung in Going hat eine ehrliche, sachliche Fragestellung verdient", so Klubobmann Markus Sint.

"Es wird fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass der Bau eines Großhotels automatisch die Rettung des Liftes in Going sei. Das ist aber keineswegs gesichert und schon gar nicht garantiert",

führt Sint weiter aus.

Bereits Volksbefragung im März

Bereits im vergangenen März kam es im Bezirk Kitzbühel zu einer Volksbefragung. In St. Johann wurde über die Zukunft des interkommunalen Gewerbegebiets Unterbürg abgestimmt. 55,83 Prozent der Befragungsteilnehmer sprachen sich dabei gegen das Gewerbegebiet Unterbürg aus ([MeinBezirk berichtete](#)).

Eine Stellungnahme von Bürgermeister Alexander Hochfilzer folgt in Kürze!

Hotelpläne lassen Wogen hoch gehen



Die Stimmung bei den Anrainern rund um den Astberglift ist am Nullpunkt. Grund dafür sind die Pläne der Bergbahnen Wilder Kaiser, die die Astbergbahn und das Skigebiet GoIng betreiben: Sie möchten an der Talstation der Sesselbahn ein Hotel errichten. Damit hoffen die Bergbahnen, das wirtschaftliche Überleben der Astbergbahn zu sichern.

„Es gibt ja schon länger Handlungsbedarf bei der Astbergbahn“, betont Goings Bürgermeister Alexander Hochfilzer, der als Befürworter des Projekts gilt. Fakt sei, dass in den vergangenen Jahren rund 200 Betten im Drei- und Vier-Sterne-Segment weggefallen seien. Er stellt klar: „Es handelt sich hierbei nicht um einen Feldversuch. Es gibt ein deckungsgleiches Hotel nur wenige Kilometer weiter, das gut funktioniert.“ Ähnlich wie die „Tirol Lodge“ in Ellmau soll der neue Beherbergungsbetrieb in GoIng aussehen – und im Übrigen auch so heißen.

Nicht nur die Anrainer hadern mit dem Projekt, auch bei der Liste Fritz rumort es. Sie kritisieren, dass für das Vorhaben eine rund 22.000 Quadratmeter große Wiese mit 288 Betten, 275 Autoabstellplätzen, Swimmingpool und Restaurant zugebaut werden soll. „Das ist überdimensioniert und nicht notwendig. Noch dazu ist diese grüne Wiese als hochwertige landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und unter Schutz gestellt. Wie beim umstrittenen Gewerbegebiet Unterbürg in St. Johann soll die Unterschutzstellung aufgehoben und die Wiese zugebaut werden. Das ist der nächste Griff nach wertvollen landwirtschaftlichen Flächen, so gehen Bodenfraß und Bodenversiegelung ungezügelt weiter“, warnen Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint und Bezirkssprecher Sepp Niedermoser.

Bauern fordern ein Umdenken

Auch die Bauern haben keine Freude mit den Plänen der Bergbahnen: „Landwirtschaftliche Vorsorgeflächen wurden ausgewiesen, um wertvolle Produktionsflächen zu erhalten und vor Verbauung zu schützen. Das ist aufgrund des großen Drucks auf Grund und Boden in Tirol auch dringend notwendig. Unabhängig von diesem Projekt finde ich es falsch, zu leichtfertig mit der Aufhebung dieses Schutzes umzugehen. Aus meiner Sicht sind nämlich auch eine gesicherte Lebensmittelversorgung und der Erhalt unserer Kulturlandschaft von öffentlichem Interesse. Wir müssen daher dringend umdenken und dürfen beim Thema Weiterentwicklung nicht immer als erstes den Neubau auf der grünen Wiese ins Auge fassen“, betont Tirols Kammerobmann NR Josef Hechenberger. In dieselbe Kerbe schlägt Bezirksobmann Josef Fuchs: „Wir wissen, dass im Bezirk Kitzbühel der Druck auf die landwirtschaftlichen Flächen enorm ist. Wenn diese Hektar um Hektar verschwinden, fehlen uns langfristig auch die Rinder für die Almbewirtschaftung. Auch daran sollte man aus touristischer Sicht denken.“

„Wir sind uns sehr wohl über die Tragweite des Projekts bewusst und wissen, dass es sich wahrscheinlich um eine der größten und schwersten Entscheidungen handelt, die wir in den letzten Jahrzehnten zu treffen hatten“, stellt Goings Dorfcchef klar.

Am Dienstagabend (Anm.: nach Redaktionsschluss) diskutierte der Goinger Gemeinderat über das Projekt. Hochfilzer betont, dass dieses nur dann funktioniert, wenn ein Großteil der Bevölkerung dahintersteht. Er steht daher einer Volksbefragung positiv gegenüber. Wie auch immer diese ausgehen werde, für ihn sei das Ergebnis bindend.

Tourismusverband befürwortet Hotel

Der Tourismusverband Wilder Kaiser befürwortet die Absicherung des Liftbetriebs am Astberg als wichtige Freizeitinfrastruktur. Ein bergbahneigenes Hotel an der Talstation, so Geschäftsführer Lukas Krösslhuber, das bei der Umsetzung Rücksicht auf ökologische und soziale Bedürfnisse des Ortes nehme, könne eine geeignete Maßnahme dafür sein. Zurückhaltend zeigen sich hingegen die Vertreter der Berg-

bahnen, allen voran Geschäftsführer Johannes Winkler. Man wolle zunächst die Entscheidung des Gemeinderats abwarten.

LA Sint (Liste Fritz) stellt klar: „Auch wenn dieses Großhotel aus unserer Sicht unsinnig ist, fürchten wir uns keinesfalls vor einer Volksbefragung in Going. Wir sind überzeugt, dass die Bevölkerung das nächste Zubetonieren landwirtschaftlich hochwertiger Flächen und die Schaffung weiterer Gästebetten ablehnen wird. Nicht zu vergessen ist die ungelöste Verkehrsfrage, denn es wären deutlich mehr Zu- und Abfahrten zum Großhotel zu erwarten. Klar muss sein: Wenn der Gemeinderat eine Volksbefragung beschließt, dann hat er sich auch an das Ergebnis zu halten.“



„Für ein Innsbruck mit Respekt und Verantwortung“: GR Christine Oppitz-Plörer, Klubobmann Franz Jirka, GR Birgit Winkel und STR Markus Stoll (von links)

Opposition marschiert weiter für Transparenz

„Wir machen unsere Arbeit“, zieht „Das Neue Innsbruck“ Bilanz nach einem Jahr. Bei der Regierung sehe man „viel Luft nach oben“.

Keine leichten Zeiten hat das Oppositionsbündnis **Neues Innsbruck** hinter sich. Hervorgegangen aus Stadt-ÖVP und Für Innsbruck, fuhr man bei der Wahl vor einem Jahr eine krachende Niederlage ein. Der Spitzenkandidat ging verloren, zu viert sitzt man nun im 40-köpfigen Gemeinderat und betreibt **Opposition – manchmal gemeinsam mit FPÖ und Liste Fritz, oft aber auch alleine.**

39 Anträge und 27 Anfragen stehen nach dem ersten Jahr auf der Habenseite. Und es sollen noch mehr werden. „Wir arbeiten sachlich und konstruktiv an der Weiterentwicklung unserer Stadt mit – auch aus der Opposition heraus. Diese Rolle nehmen wir ernst, denn Kontrolle ist ein Grundpfeiler der Demokratie“, betont **Klubobmann Franz Jirka**. Er vermisste eine starke Stimme für die Wirtschaft in der Innsbrucker Stadtregierung: „Wer setzt sich noch mit voller Überzeugung für unseren Standort ein? Die Entwicklungen rund um den

Flughafen, wachsende Leerstände oder das Verkehrschaos werfen etliche Fragen auf. Da braucht es mehr Einsatz und Weitblick.“

GR Christine Oppitz-Plörer bekrittelte mangelnde Diskussionsbereitschaft seitens der Koalitionsgemeinderäte. Diskussions-Sitzungen dauerten oft nur eine Viertelstunde, während früher stundenlang gemeinsam um gute Lösungen gerungen worden sei. „Die Wahl 2024 mit der klaren Abwahl von **Bürgermeister Willi** war ein klarer Auftrag zur Veränderung. Viele InnsbruckerInnen erwarteten mehr Integrität an der Stadtspitze. Diese Sehnsucht konnte bisher nicht erfüllt werden, denn dubiose



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

Auftragsvergaben, kritische Stadtrechnungshofberichte und lückenhafte Beschlussvorlagen erschüttern das Vertrauen weiterhin“, stellte **Oppitz-Plörer** fest.

„Wir stehen für Klarheit, Wertschätzung und Respekt, aber wir lassen uns kein X für ein U vorma-

chen“, betonte **VP-GR Birgit Winkel**. „Innsbruck verdient eine Debatte, in der unterschiedliche Sichtweisen nicht als Störung, sondern als Chance und Bereicherung gesehen werden“.

Finanz- und Personalpolitik sei in der noch jungen Ära von **BM Johannes Anzenberger** „gewaltig durch die Decke gegangen“, sagte **STR Markus Stoll**. Der Personalstand im Rathaus sei um 25 Prozent angewachsen, die Fixausgaben seien von 100 Mio. € im Jahr auf nunmehr 180 Mio. € gestiegen: „Das nimmt der Stadt finanziell die Luft zum Atmen.“ Stoll kritisierte auch die hohe Anzahl an Posten der höchsten Verdienstkategorie A.

Land refundiert MCI zwei Mio. Euro im Jahr

Sanierung und Adaptierungen der zentralen Gebäude des Management Centers werden mit 50 Mio. Euro beziffert.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Nach dem Stopp des MCI-Neubaus im Dezember 2024 ist vor der Prüfung durch den Landesrechnungshof und der Sanierung bzw. Nachverdichtung der bestehenden Standorte des Managementcenters Innsbruck. Im Sommer des Vorjahres hatte ein Sachverständiger im Auftrag des Landes eine sogenannte Lebenszykluskostenberechnung auf Basis der Gesamterichtungskosten erstellt. Gegenüber Sanierung und Miete ergibt sich auf 50 Jahre gerechnet eine Kostenersparnis von 864 Mio. Euro für das Land Tirol.

Im Landtag drängen die Oppositionsparteien FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS jedoch darauf, dass sie um-

„**Das Land Tirol zahlt einen jährlichen Infrastrukturkostenbeitrag in Höhe von zwei Millionen Euro an das MCI.**“

LHStv. Philip Wohlgemuth/SPÖ
(Hochbaureferent)

fassend über die Modernisierung und Adaptierungen der Unterrichtsräume informiert werden. Die Grünen forderten darüber hinaus die Offenlegung der Miet- und Betriebs- sowie der Sanierungskosten für die MCI-Standorte. Der für den Hochbau zuständige Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth (SPÖ) hat sie jetzt dargelegt. In einer Stellungnahme auf eine Landtagsanfrage der Grünen-Abgeordneten Zeliha Arslan.

Insgesamt fallen derzeit für das MCI Miet- und Betriebskosten von 4,8 Millionen Euro an. Das Land Tirol zahlt nach aktueller Fördervereinbarung, die bis Ende 2025 gültig ist, einen jährlichen Infrastruk-

turkostenbeitrag in Höhe von zwei Millionen Euro. Damit wird das MCI bei den Mieten, Betriebskosten, Instandhaltungs- und Sanierungskosten für die vom MCI angemieteten Objekte finanziell unterstützt. Der Hauptcampus in der Universitätsstraße 15 gehört dem Land.

Was die Sanierung betrifft, ist die Modernisierung des Hauptgebäudes (Erdgeschoß) als Erstes geplant. Zugleich werden Potenziale für eine Komplettsanierung, den Ausbau der Innenhöfe, des vierten Obergeschoßes sowie der Tiefgarage geprüft.

Erste Grobkostenschätzung

Wie viel wird die Instandsetzung des Campus und der MCI-Mietobjekte voraussichtlich kosten? Gegenüber den Grünen legt Wohlgemuth eine erste Grobkostenschätzung vor. „Die Sanierungskonzepte für die vom MCI angemieteten Objekte befinden sich augenblicklich in Ausarbeitung. Verlässliche

Kostenschätzungen können daher erst nach deren Vorliegen erfolgen“, betont er.

Die Umbaukosten für das MCI I werden auf eine Größenordnung von 20 bis 25 Millionen Euro geschätzt. Dazu kommen noch die Standorte „MCI II – Grauer Bär, Universitätsstraße 5–7“ mit rund zwei Millionen Euro sowie das „MCI IV – Alte Post in der Maximilianstraße“ mit 15 Millionen Euro. Für beide Gebäude gibt es zugleich Gespräche über den Eigenkostenanteil der Vermieter. Für die übrigen Standorte, die hinsichtlich der Nutzflächen eine eher untergeordnete Rolle spielen, liegen noch keine Zahlen vor. Von insgesamt rund 50 Mio. Euro wird jedoch ausgegangen.

Für Philip Wohlgemuth steht politisch die Transparenz an oberster Stelle. „Alle von der Opposition geforderten Berechnungen und Kostenschätzungen zum MCI sind in der Landtagsevidenz für alle Parteien einsehbar.“



Die Sanierung und Adaptierung der bestehenden MCI-Standorte wird mit rund 50 Millionen Euro beziffert.

Foto: Böhm

„Katastrophe für die Silzer Anrainer“

Der Gemeinderatsbeschluss gegen den Lärmschutz sorgt für Empörung

Viele Züge rollen durch Silz – Tag für Tag, Nacht für Nacht. Ihr Dröhnen ist längst zur störenden Alltagskulisse geworden. Seit 1988 fordern Anrainer entlang der Bahnlinie eine Lärmschutzwand – bislang vergeblich. Auch dieses Mal bleibt der erhoffte Schutz aus: Der Silzer Gemeinderat hat jüngst in geheimer Abstimmung mit 9:6 Stimmen gegen das Projekt votiert.

Von Benjamin Hoffer

Nächster Halt, next stop: Lärmschutzwand – oder? Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Laut einer im Vorfeld präsentierten Schallstudie der ÖBB überschreiten die Lärmemissionen im Ortsgebiet von Silz im Tagesmittel die zulässigen Grenzwerte um durchschnittlich 15 Dezibel. Ein Wert, der laut Umweltmedizin als gesundheitsgefährdend einzustufen ist – insbesondere bei dauerhafter Belastung. Rund 180 Züge rauschen täglich durch das Oberinntal, viele mit bis zu 160 km/h direkt durch das Siedlungsgebiet. Die Finanzierung schien gesichert: 50 Prozent der Kosten wollte die ÖBB übernehmen, je 25 Prozent

wurde aufgrund der starken Polarisierung bewusst anonym durchgeführt. Persönlich habe er Verständnis für beide Seiten.

KLARE POSITIONEN. Für viele Bürgerinnen, die sich seit Jahrzehnten für Lärmschutz einsetzen, ist die Ablehnung des Projekts ein herber Rückschlag, und auch auf Landesebene sorgt das Ergebnis für Unverständnis. Markus Sint, Klub-obmann der Liste Fritz und Landtagsabgeordneter, findet im Gespräch mit der RUNDschau deutliche Worte: „Es ist eine Katastrophe für die Anrainer. Die Gesundheitsbelastung ist eindeutig dokumentiert. Und trotzdem ignoriert der Gemeinderat diese Fakten – das ist eine bodenlose Frechheit.“ Sint begleitet das Thema seit Jahren, war mehrfach vor Ort und brachte dazu schon Anträge im Landtag ein. Die Gegenargumente aus dem Gemeinderat lässt Sint nicht gelten. „Die Gleise trennen das Dorf – nicht die Lärmschutzwand. Dass die Wand hässlich sei, ist schlicht vorgeschoben. Es gab eine gestalterisch ausgearbeitete Visualisierung, finanziert von ÖBB und Land.“ Auch die oft wiederholte Behauptung, dass die Wand in der zweiten Häuserreihe nichts bringe, sei durch die Expertise eines Physikers vor Ort längst widerlegt worden. Trotz der Enttäuschung will Sint nicht locker lassen: „Es geht um Haus und Hof, um Gesundheit und Lebensqualität. Lärm macht

krank – das ist längst erwiesen. Deshalb können wir jetzt nicht einfach aufgeben.“

VIEL VERSTÄNDNIS, WENIG LÖSUNGEN. Bürgermeister Helmut Dablander sieht die Verantwortung für das Scheitern des Projekts in erster Linie bei der ÖBB. „Es gab keine Bereitschaft, über Alternativen zu sprechen – weder über andere Materialien noch über niedrigere Bauweisen.“ Dass viele im Ort die geplante Wand als zu massiv empfinden, sei ein ernstzunehmendes Argument. „Ich habe Verständnis für beide Lager – für jene, die dringend Lärmschutz wollen, genauso wie für jene, die sagen: Diese Betonmauer teilt unser Dorf.“ Für Dablander ist es nicht nur die Mauer selbst, sondern die Debatte darüber, die zu einer Spaltung geführt habe – in der Gemeinde ebenso wie in der Bevölkerung. „Wir waren früher schon einmal bei 15:0 dagegen. Dieses Thema schwirrt nun seit über 30 Jahren durch die Gegend. Es gibt viele Befürworter, aber eben auch viele Gegner – und ich verstehe beide Seiten.“ Auf die Nachfrage der RUNDschau, ob es vonseiten der Gemeinde konkrete Kompromissvorschläge gegeben habe, bleibt er vage. Die Verantwortung liege weiterhin bei der Bahn: „Die ÖBB ist in dieser Frage zu stur. Sie lassen nicht mit sich sprechen, schicken Vertreter, die keine Entscheidungen treffen können – es kommt einfach zu keiner Annäherung.“ Eine Hoffnung habe er dennoch: „Vielleicht bewegt sich etwas, wenn der öffentliche Druck weiter steigt.“

APROPOS ÖFFENTLICHER DRUCK. Landespolitiker Markus Sint fordert den Landeshauptmann Anton Mattle zum Handeln auf. „Ich habe ihn persönlich gebeten, mit dem Bürgermeister zu reden. Wenn sich in einer Gemeinde keine sachorientierte Entscheidung durchsetzen lässt, dann muss die Landespolitik klar Position beziehen.“ Auch SPÖ-Bundesrat Daniel Schmid, selbst Lokführer, kritisiert die Entscheidung: „Verkehrsverlagerung auf die Schiene ist wichtig – aber sie braucht begleitende Schutzmaßnahmen. Alles andere ist unredlich.“ Für Sint geht es längst

das Land Tirol und die Gemeinde. Doch das Projekt scheitert nun. Im Gemeinderat dominierte die Sorge um die Wirkung der Wand auf das Ortsbild. „Die Optik, die Höhe, das Gefühl, dass das Dorf geteilt wird – das waren die Hauptargumente der Gegner“, erklärt Bürgermeister Helmut Dablander im Gespräch mit der RUNDschau. Auf die Frage, wie er selbst abgestimmt habe, entgegnet Dablander: „Die Abstimmung



Ein ÖBB-Zug rauscht durch den Bahnhof Silz – einer von vielen, die täglich das Ortszentrum durchqueren. Foto: Hoffer

NORZ TICHOFF
Blumenwelt
Die musikalische Gärtnerei

DONNERSTAG
1. MAI

GEÖFFNET von 10 bis 16 Uhr

Frühschoppen
Freddy Piester Band
aus dem Jellental

am Donnerstag, den
1. Mai, 11 bis 14 Uhr

(z.B. Pelargonien, Surfinien, Zambroskücken)

AUF BALKONBLUMEN **-15%**

AUF ALLES IN DER BAUMSCHULE **-20%**

*Aktionen NUR am Donnerstag, 1. Mai gültig
Tel. 05266-68258 | www.blumenwelt.silz.at
f. [blumenwelttischhoff](https://www.facebook.com/blumenwelttischhoff)

um mehr als ein einzelnes Projekt: „Wenn die Landesregierung im Oberland zweigleisig ausbauen will, dann dürfen wir die betroffenen Menschen nicht im Stich lassen.“

AM ABSTELLGLEIS. Besonders bitter: Silz ist längst zur Ausnahme geworden. Während andere Gemeinden entlang der Bahnlinie – etwa im nahen Oberhofen – auf Lärmschutz setzen, bleibt Silz ungeschützt. Und das in einer Zeit, in der die Bahn als Rückgrat der klimafreundlichen Mobilität gilt.

Flitec
Der Insektenschutz

Insektenschutzgitter
nach Maß für Fenster & Türen

www.flitec.at

FLITEC-Fachbetrieb
A. Bauermeister in Silz
Tel.: 05263-6377-15

Flächen opfern für Großhotel?

Pläne der Bergbahnen für ein Großhotel auf der grünen Wiese in Going

VON NIKOLAUS KOGLER

GOING. In Going planen die Bergbahnen Ellmau-Going auf rund 22.000 m² hochwertiger landwirtschaftlicher Vorsorgefläche ein neues Großhotel (Tirol Lodge Going, 288 Betten). Als Begründung wird das Überleben der Astbergbahn in Going von den Projektwerbern angeführt.

„Es ist richtig, dass die Bergbahnen Ellmau-Going ein Hotel mit ca. 290 Betten in Going errichten wollen. Wir beschäftigen uns gerade recht intensiv mit der internen Aufbereitung. Es gab diesbezüglich am 2. April eine Gemeinderatsklausur, bei der wir uns mit den Pro- und Kontra-Argumenten auseinandergesetzt haben. Wir befinden uns im regen Austausch mit der Bergbahn und koordinieren die weiteren gemeinsamen Schritte“, erklärt Bürgermeister Alexander Hochfilzer auf Anfrage von MeinBezirk.



Großhotel zur Sicherung der Astbergbahn?

Foto: Kogler

Die Liste Fritz hat zu diesem Vorhaben im März-Landtag eine Anfrage u. a. an LH Anton Mattle eingebracht. Die Liste sieht kein öffentliches Interesse für eine Aufhebung der Vorsorgefläche. „Viele Gründe sprechen gegen dieses Großprojekt; erneut soll eine grüne Wiese für immer versiegelt werden. Wird die Unterschutzstellung der Agrarfläche aufgehoben, gehen Bodenfraß und -versiegelung ungezügelt weiter“, so LA Markus Sint. Die Begründung, es gehe um das Überleben der Astbergbahn, sei

skurril. „Ein Großhotel ist keine Garantie für den Aufschwung der Bahn, es gibt in Going bereits genügend Gästebetten, die nicht ausgelastet sind. Ein öffentliches Interesse an dem Projekt besteht sicher nicht“, so Sint weiter. Ein neues Hotel würde lediglich bestehenden Betrieben Gäste und Mitarbeiter wegnehmen. Sint befürchtet auch zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung für Anrainer.

Volksbefragung?

Von LH Mattle, LR Josef Geisler und LR Mario Gerber fordert die Liste Fritz, klar zu erklären, dass dieses Großhotel auf einer Vorsorgefläche nicht umsetzbar ist und keine aufsichtsbehördliche Genehmigung zu erteilen. Es steht nun eine Volksbefragung im Raum. Der Gemeinderat wird in seiner nächsten Sitzung (22. 4., nach Red.schluss) darüber befinden.

Kommentar

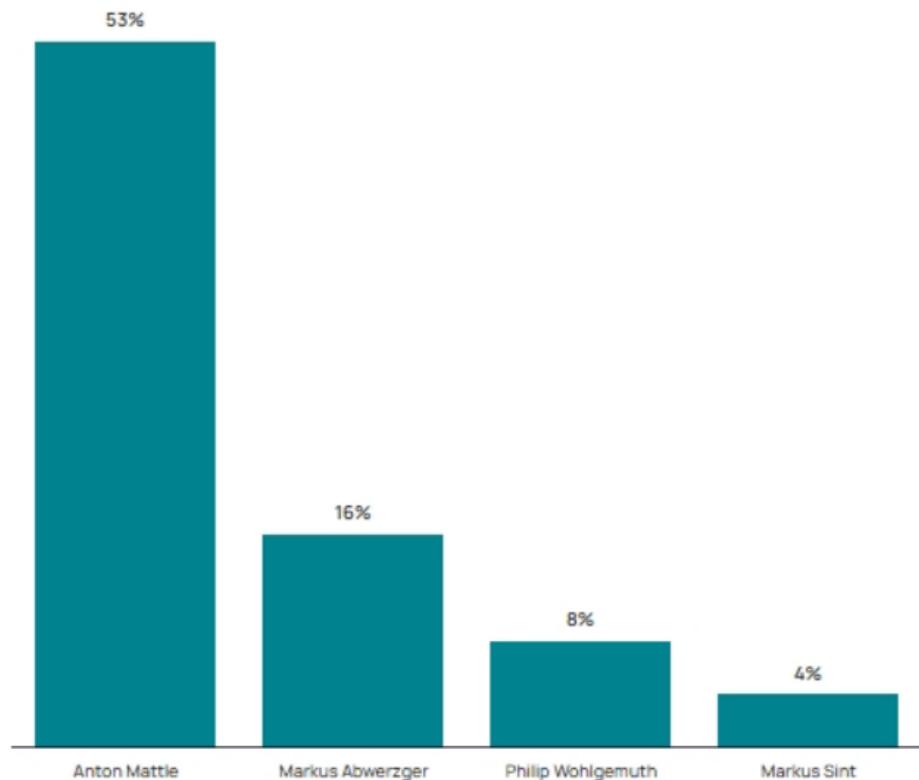
(Georg Herrmann, Chefredakteur MeinBezirk-Tirol)

"Die Ergebnisse einer Umfrage sind nicht gleichzusetzen mit einem Wahlgang. Aber Umfragen sind durchaus ein Stimmungsbarometer und eine Momentaufnahme. Zur Halbzeit der Regierung hat MeinBezirk einige Fragen beantworten lassen. Durchaus mit der einen oder anderen überraschenden Antwort, wie beispielsweise einer Mehrheit für Windkraftwerke in Tirol. Für die politischen Akteure sind die Umfrageergebnisse eine Möglichkeit, ihr Wirken und Handeln kritisch zu hinterfragen. Bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2027 lassen sich so manche Werte verbessern, aber auch verschlechtern."

Umfrage

Politbarometer im Auftrag der RegionalMedien Tirol, durchgeführt von GMK Gesellschaft für Marketing und Kommunikation, Graz, im April 2025. Zielgruppe: Wahlberechtigte im Bundesland Tirol. Telefonische Befragung zentral aus dem Telefonstudio der GMK (CATI), Zufallsauswahl aus dem amtlichen Telefonbuch, Quotenverfahren (ÖSTAT). 600 Interviews, Ergebnismengewichtung entsprechend ÖSTAT, max. Schwankungsbreite +/- 4,0 Prozent.

Wen würde die Tiroler Bevölkerung bei einer Direktwahl des Landeshauptmanns wählen?



made with 23° | reuse

Quelle: GMK / RM Tirol

Dornauer oder Anzengruber

Georg Dornauer und Johannes Anzengruber haben, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, die politischen Schlagzeilen dominiert. Stellt sich die Frage, wie eine Liste Georg Dornauer oder eine Liste Johannes Anzengruber bei Landtagswahlen abschneiden würden und ob die Listen wählbar wären. Auf die Frage, ob eine Liste Georg Dornauer grundsätzlich wählbar wäre oder nicht, ist für 35 Prozent der Befragten die Dornauer-Liste wählbar. 61 Prozent betrachten die Liste als nicht wählbar. Zustimmung erhält Georg Dornauer bei der ÖVP (40 %) und der FPÖ (50 %), am meisten Ablehnung kommt von der SPÖ mit 68 Prozent. Den höchsten Zuspruch gibt es von der Altersgruppe unter 35 mit 47 Prozent. 64 Prozent der Tiroler Frauen sehen die Dornauer-Liste als nicht wählbar. Eine Liste Johannes Anzengruber wäre für 51 Prozent der Befragten nicht wählbar, 14 Prozent haben dazu keine Angabe gemacht. Auf Ablehnung stößt eine Liste Anzengruber bei den Männern (55 %), der ÖVP (56 %), der SPÖ (50 %) und der FPÖ (54 %). Den höchsten Wert an Zustimmung gibt es bei den Befragten mit Matura mit 44 Prozent.

Welche Rolle in der Zukunft

Bei zwölf Personen, die in der Landesregierung oder im Landtag vertreten sind, haben wir nachgefragt, welche Rolle sie in Zukunft einnehmen sollten. Klare Nummer eins ist Landeshauptmann Mattle: 51 Prozent sind der Meinung, dass Mattle eine größere Rolle einnehmen sollte. Auf Platz zwei folgt Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth mit 26 Prozent, LHStv. Josef Geisler und LR René Zumtobel kommen auf 25 Prozent und als erstes Nichtregierungsmitglied folgt FPÖ-Obmann Markus Abwerzger mit 22 Prozent, gleichauf mit Landesrätin Astrid Mair. 22 Prozent wünschen sich eine größere Rolle von LR Cornelia Hagele im Land. Unter 20 Prozent liegen die Landesräte Mario Gerber und Eva Pawlata mit je 15 Prozent. Für 44 Prozent der Befragten sollte Markus Abwerzger eine kleinere Rolle in Tirol einnehmen. LHStv. Josef Geisler kommt auf einen Wert von 39 Prozent. Bei LR Mario Gerber ist der Anteil der kleineren Rolle (19 %) höher als der Anteil an der größeren Rolle (15 %). 29 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass LH Mattle weder eine größere noch eine kleine Rolle einnehmen sollte.

LH-Direktwahl

Was wäre, wenn? Wie würde Tirol entscheiden, wenn der Landeshauptmann direkt gewählt werden könnte? Der Wahlsieger wäre Anton Mattle (ÖVP), 53 Prozent der Befragten würden Mattle zum Landeshauptmann wählen (96 % der ÖVP-, 37 % der SPÖ- und 18 % der FPÖ-Anhänger). Auf Platz zwei folgt Markus Abwerzger (FPÖ), der mit 16 Prozent jedoch mehr als einen Respektabstand aufweist. Philip Wohlgemuth (SPÖ) kommt auf 8 Prozent (hat bei den SPÖ-Anhängern einen Anteil von 42 %) und Markus Sint (Liste Fritz) würde mit 4 Prozent bei der Direktwahl abschneiden.

Bekanntheit

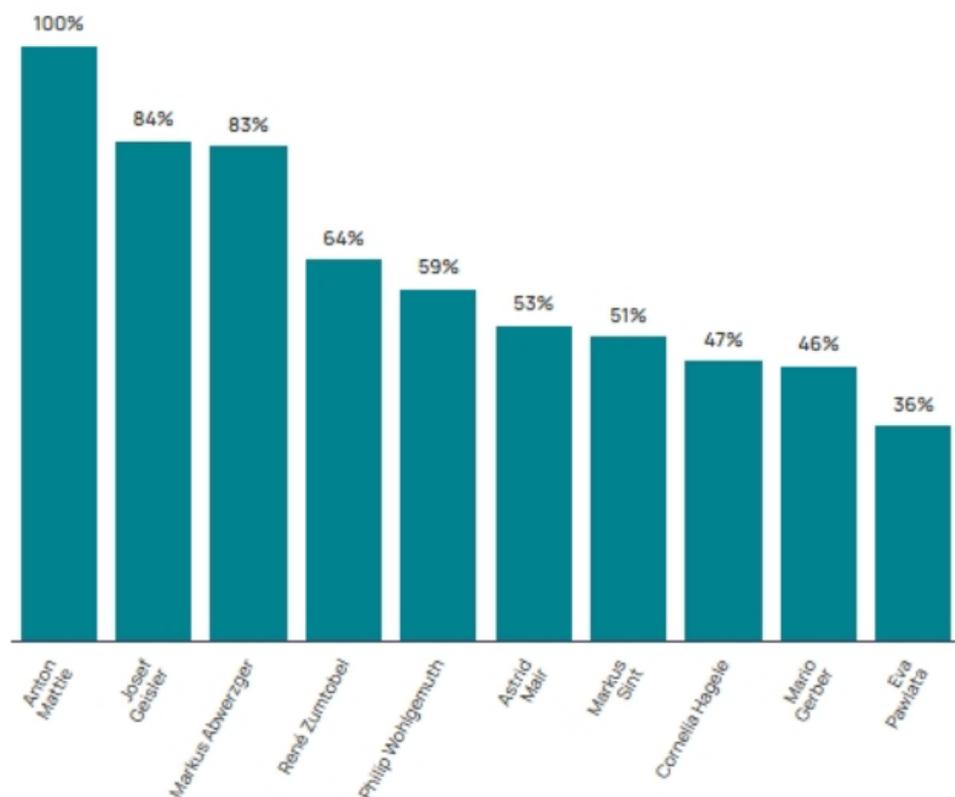
Landeshauptmann Anton Mattle erreicht bei der MeinBezirk-Umfrage einen Bekanntheitswert von 100 Prozent. LHStv. Josef Geisler liegt mit 84 Prozent knapp vor FPÖ-Obmann Markus Abwerzger mit 83 Prozent. LR René Zumtobel hat einen Bekanntheitswert von 64 Prozent, LHStv. Philip Wohlgemuth von 59 Prozent. Landesrätin Astrid Mair hat mit 53 Prozent den besten Wert der Politikerinnen, ihr folgt Liste-Fritz-Landtagsabgeordneter Markus Sint mit 51 Prozent. LR Cornelia Hagele kommt auf 47 Prozent, LR Mario Gerber auf 46 Prozent und LR Eva Pawlata auf 36 Prozent.

"Die Bekanntheit der einzelnen Politikerinnen und Politiker ist nicht nur als Gradmesser der öffentlichen Präsenz interessant. Sie spielt auch bei den Fragen nach der zukünftigen Rolle und der Landeshauptmann-Direktwahl eine wesentliche Rolle: Wenn jemand eine Person nicht kennt, dann kann er sie weder positiv noch negativ beurteilen und wird sie auch nicht als Landeshauptmann nennen."
(Anton Leinschitz-Di Bernardo, GMK Research & Consulting)

So bekannt sind Tirols Politikerinnen und Politiker



Umfrage 2025



Das Zeugnis für die Parteien

"Sehr gut" oder "nicht genügend". Im Schulnotensystem wurde die Arbeit der im Landtag vertretenen Parteien beurteilt. Bei allen sechs Parteien ist der Gesamtanteil der Noten "sehr gut" bis "befriedigend" höher als "genügend" und "nicht genügend". Deutlich ist die Aufteilung bei der ÖVP mit 80 zu 16 Prozent, bei der SPÖ mit 70 zu 27 Prozent, der Liste Fritz mit 57 zu 33 Prozent und den NEOS mit 53 zu 37 Prozent. Knapp sind die Werte bei der FPÖ mit einem Unterschied von 55 zu 42 Prozent und bei den Grünen mit 49 zu 48 Prozent.

Die Note **"sehr gut"** wird sparsam vergeben. Die ÖVP kommt auf 9 Prozent mit einem "sehr gut", die SPÖ hält 2 Prozent, die FPÖ kommt auf 7 Prozent, die Grünen nur 1 Prozent, die Liste Fritz erhält von 4 Prozent ein "sehr gut" und die NEOS halten bei 1 Prozent.

Bei der Note **"gut"** liegt die ÖVP mit 40 Prozent voran, die SPÖ kommt auf 28 Prozent, die FPÖ auf 22 Prozent, die Grünen auf 11 Prozent, die Liste Fritz auf 18 Prozent und die NEOS auf 17 Prozent.

"Befriedigend" gibt es für die ÖVP von 31 Prozent, die SPÖ erhält von 40 Prozent diese Note, die FPÖ bekommt von 26 Prozent ein "befriedigend" die Grünen kommen auf 37 Prozent, die Liste Fritz und die NEOS kommen auf je 35 Prozent.

Ein **"genügend"** für die landespolitische Arbeit gibt es von 11 Prozent für die ÖVP, 19 Prozent für die SPÖ, 21 Prozent für die FPÖ, 25 Prozent für die Grünen, 23 Prozent für die Liste Fritz und 26 Prozent für die NEOS. Beim **"nicht genügend"** liegen die Grünen mit 23 Prozent vor der FPÖ mit 21 Prozent. Die NEOS kommen auf 11 Prozent, die Liste Fritz auf 10 Prozent. Die SPÖ bekommt von 8 Prozent ein "nicht genügend" und die ÖVP hält bei 5 Prozent.

LH Mattle Nummer eins, Mehrheit für Windkraftträder

22. April 2025, 06:00 Uhr



MeinBezirk-Tirol-Politbarometer zur Halbzeit der Regierungsperiode im Tiroler Landtag Foto: MeinBezirk

Wie wäre die Entscheidung bei der Landtagswahl? Was sagt Tirol zum Thema Windräder und Fernpasstunnel? Wie schneiden die Landespolitikerinnen und Landespolitiker ab? Antworten auf diese Fragen bietet die große MeinBezirk-Tirol-Umfrage.

INNSBRUCK. Gewinner ist Landeshauptmann Anton Mattle: 51 Prozent wollen, dass Mattle eine größere Rolle in der Zukunft einnimmt und 53 Prozent würden Mattle bei der Direktwahl zum Landeshauptmann wählen. Bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl können die ÖVP und die FPÖ deutliche Stimmenzuwächse verzeichnen. Entsprechend der Schätzung liegt die ÖVP bei 40 Prozent (Landtagswahl 2022 34,71 %) an der Spitze und die FPÖ mit 25 Prozent (18,84 %) auf Platz zwei. Die SPÖ mit 15 (17,48 %), die Grünen mit 7 (9,2 %) und die Liste Fritz mit 6 (9,9 %) müssten Stimmenverlust hinnehmen. Einen leichten Gewinn gäbe es für die NEOS von 6,29 auf 7 Prozent.



Toplin

BEZAHLTE
KUC
wie a

Fernpasstunnel

Eine Mehrheit von 43 Prozent ist für den Bau des Fernpasstunnels, aber 37 Prozent ist dieses Thema egal. Bei den ÖVP- und SPÖ-Anhängern liegt die Zustimmung für den Bau bei 56 bzw. 53 Prozent. 31 Prozent der FPÖ-Anhänger sind für den Bau, 50 Prozent der Freiheitlichen ist das Thema egal. Auch bei den unter 35-Jährigen spielt das Thema (48 % antworten mit "egal") keine große Rolle.

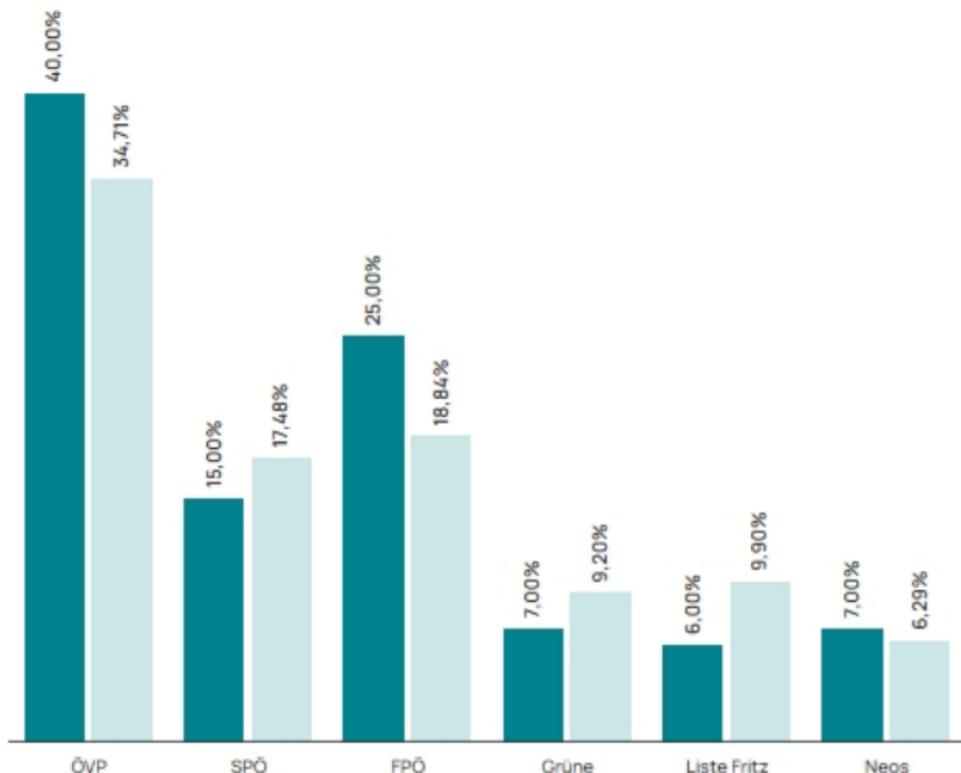


Was wäre, wenn? Wie würde Tirol entscheiden, wenn der Landeshauptmann direkt gewählt werden könnte? Der Wahlsieger wäre Anton Mattle (ÖVP), 53 Prozent der Befragten würden Mattle zum Landeshauptmann wählen (96 % der ÖVP-, 37 % der SPÖ- und 18 % der FPÖ-Anhänger).

Foto: Land Tirol/Die Fotografen hochgeladen von [Julia Perktold](#)

Die Landesregierung

Seit Oktober 2022 ist die ÖVP-SPÖ-Regierung am Arbeiten. 2027 schreiben die Tirolerinnen und Tiroler wieder zur Wahlurne. Zur Halbzeit der Regierung wurde die Frage "Wie zufrieden sind Sie mit der Landesregierung?" gestellt. "Sehr zufrieden" und "ziemlich zufrieden" sind 56 Prozent der Tirolerinnen und Tiroler, 35 % sind "weniger zufrieden" und "gar nicht zufrieden" sind 8 Prozent. Erwartungsgemäß groß ist der Zuspruch zur Landesregierung bei ÖVP-Anhängern mit 9 Prozent "sehr zufrieden" und 67 Prozent "ziemlich zufrieden" sowie der SPÖ mit 69 Prozent "ziemlich zufrieden". Die größte Ablehnung der Landesregierung gibt es bei der FPÖ mit 58 Prozent "wenig zufrieden" und 25 Prozent "gar nicht zufrieden".



made with 23° I reuse

Quelle: GMK / RM Tirol

Windkraftwerke

Das Thema Windkraftwerke sorgte für zahlreiche Diskussionen in Tirol. Auf die Frage "Befürworten Sie den Bau von Windkraftwerken in Tirol, lehnen Sie das ab oder ist es Ihnen egal?" antworten 53 Prozent mit einem Ja zu Windkraftwerken. 37 Prozent sprechen sich gegen Windkraftwerke aus. ÖVP- und SPÖ-Wählerinnen und -Wähler sind mehrheitlich für Windkraftwerke (58 bzw. 61 %), FPÖ-Anhänger lehnen Windkraftwerke deutlich ab (57 % gegen Windkraftwerke).

Fernpasstunnel

Eine Mehrheit von 43 Prozent ist für den Bau des Fernpasstunnels, aber 37 Prozent ist dieses Thema egal. Bei den ÖVP- und SPÖ-Anhängern liegt die Zustimmung für den Bau bei 56 bzw. 53 Prozent. 31 Prozent der FPÖ-Anhänger sind für den Bau, 50 Prozent der Freiheitlichen ist das Thema egal. Auch bei den unter 35-Jährigen spielt das Thema (48 % antworten mit "egal") keine große Rolle.